

Bremische Bürgerschaft Landtag

14.11.2013

221/2

Rede Martin Korol zum Antrag der Fraktion der CDU „Senioren wirksamer vor Alltagskriminalität schützen“

Abg. **Dr. Korol** (BIW): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktion der CDU hat den Antrag gestellt „Senioren wirksamer vor Alltagskriminalität schützen“. Wir von „Bürger in Wut“ unterstützen diesen Antrag.

Frau Kollegin Vogt hat darauf hingewiesen, und zwar in doppelter Richtung, das fand ich hoch interessant: Ältere als Opfer und Täter! Die demografische Entwicklung ist bei uns so verlaufen, dass wir in Bremen es mit 165.000 Menschen über 60 zu tun haben. Frauen und Männern. Wir wollen nichts dramatisieren.

Ich selbst bin 68 und wohne zwischen zwei Seniorenheimen. Da bin ich häufig, vor allen Dingen, wenn meine Frau verreist ist und ich da zum Essen gehe. Das mache ich seit Jahren. Nach meinen Erfahrungen sind die älteren Menschen dort sicher aufgehoben.

Dennoch sind Ältere sehr beunruhigt. Wie wir alle, lesen und hören auch sie alltäglich von kriminellen Machenschaften, von denen auch die Menschen in Bremen zunehmend bedroht sind. Sie sind tatsächlich, das Wort fiel schon, häufig eine leichte Beute. Zu häufig.

Das Bild, das die Werbung suggeriert, Ältere seien in der Regel „aktiv und fit“, ist eben nicht allgemein gültig. Frau Kollegin Schmidtke hat gerade darauf hingewiesen: Die Reaktionen von früher lassen nach. Ältere, ist das Fazit, können sich nur noch begrenzt selbst schützen oder geschützt werden.

Da sind zunächst die bekannten Delikte, auf die hingewiesen wurde: Einbrüche, Überfälle und Betrügereien bis hin zur legendären angeblichen Dachdeckertruppe, die Frau Meyer, 84, anschnackt, sie müsse das Dach ihres Hauses vor dem Winter neu decken lassen. Preis 35.000 €. Wenn sie keine Rechnung bräuchte: Angebot: 25.000 €. Dann

aber bitte 5.000 € als Anzahlung, jetzt. Frau Meyer war zunächst konsterniert, jetzt ist sie glücklich, zahlt die Anzahlung – nur die angeblichen Dachdecker lassen sich nicht mehr blicken.

Was Älteren besonders Schwierigkeiten macht, sind ungewohnte Situationen und unvermutete Angriffe, auch auf ihr Hab und Gut. Die Kriminellen werden immer erfinderischer. Dazu zwei Beispiele, die Sie mir bitte glauben wollen. Sie passierten in unserer Nachbarschaft:

Frau Deters ist 76. Sie hat im Supermarkt eingekauft und fährt ihren Einkaufswagen zum Auto. Da steht schon ein junger Mann und zeigt ihr eine Schramme an seinem alten Auto. Die hätte sie, Frau Deters, eindeutig verursacht. Frau Deters weiß, dass sie das nicht getan hat, aber sie kann es nicht beweisen. Jetzt müsste sie die Polizei anrufen, aber sie hat kein Handy. Also gibt sie auf. Der junge Mann meldet die Sache seiner Versicherung, und nach vier Wochen bekommt Frau Deters von ihrer Versicherung die Meldung, man habe 750 Euro für den Schaden bezahlt. Einwände von Frau Deters werden zurückgewiesen.

Zweites Beispiel: Herr Müller ist 65. Er hat im Supermarkt eingekauft. Er fährt mit seinem Einkaufswagen, wie Frau Deters, zu seinem Auto, macht die Heckklappe auf und will die Einkäufe einladen. Eine junge Frau kommt auf ihn zu und beschuldigt ihn, ihr den Wagen gestohlen zu haben. Herr Müller ruft die Polizei per Handy. Die Polizei kommt, aber er kann nicht beweisen, dass ihm die Einkäufe gehören. Er hat den Bon weggeworfen und die Frau hat sich den Bon aus dem Abfallkorb geholt.

Solche Dinge sind wie eine Mode. Sie sprechen sich herum, aber die Kriminellen erfinden immer neue Untaten.

Ältere Menschen brauchen Ansprechpartner, die sie auf solche unvermuteten Situationen vorbereiten.

Die im Antrag der CDU geforderten „Ansprechpartner“ bei der Polizei sind im Ernstfall häufig sehr weit weg. Wer mit Älteren spricht, hört oft, dass es bei kleineren Einbrüchen oft bis zum nächsten Tag dauere, ehe eine Fachkraft erscheint. Just am letzten Dienstag meldeten die Medien, dass es 20 Stunden gedauert habe, bis nach einem Einbruch die Spurensicherung kam.

Ältere Menschen finden es bedauerlich, dass am Wochenende die neue Polizeistation in Horn-Lehe recht unbesetzt aussieht, ebenso die Polizeistation am Bürgerpark. Das subjektive Empfinden von Sicherheit,

das die Seelenlage der Menschen prägt, ist ebenso wichtig wie die objektiv garantierte Sicherheitslage!

Die traumatischen Erlebnisse von Opfern stehen heutzutage mehr im Blickpunkt denn je in der Geschichte. Das ist toll. Den Opfern von Straftaten Zuwendung und Zeit zu widmen, ist im Ernstfall gerade für ältere alleinstehende Menschen hilfreich. Aber dann lässt sich nur selten jemand sehen, der dazu in der Lage ist und auch die Zeit dafür mitbringt.

Zur Abwehr dieser Gefahren schlägt die CDU vor, ein ressortübergreifendes Handlungskonzept „Stopp der Straftaten gegen ältere Menschen“ zu entwickeln. Das begrüßen wir „Bürger in Wut“. Wir begrüßen auch den Vorschlag, pensionierte Polizeibeamte ehrenamtlich in die Begegnungsstätten zu schicken, die dort langfristige, sich auch wiederholende Ratschläge geben und solche in Erinnerung rufen.

(Glocke)

Damit wird der Trend unterstützt, dass Ältere so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden bleiben, und das mit dem Gefühl, dort einigermaßen sicher zu sein.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der BIW)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hinners.

I. Antrag der Fraktion der CDU

Senioren wirksamer vor Alltagskriminalität schützen

Die Anzahl der Senioren in Bremen und Bremerhaven steigt. Sie werden zunehmend von Kriminellen als Opfer ausgesucht, weil die Täter sie als leichte Beute ansehen, um schnell an viel Geld zu kommen. Gerade weil die Senioren soviel für unser Land unternommen haben, muss die Gesellschaft sich um sie kümmern und ihnen dabei helfen, sich vor den kriminellen Machenschaften besser zu schützen.

Täter versuchen mit ständig wechselnden Methoden und Lügengeschichten an das Geld bzw. an das Vermögen der Senioren zu gelangen. Dabei ist ihnen kein Trick zu perfide. Den Senioren wird beispielsweise vorgespielt, dass ihr Enkelkind nach einem schweren Unfall dringend Geld benötigt. Auch geben sich die Kriminellen als Mitarbeiter eines ambulanten Pflegedienstes aus und verschaffen sich Zutritt zu Wohnungen. Oder sie geben vor, Mitarbeiter der Sparkasse zu sein und die eben bei einer Bank ausgegebenen Barmittel auf Echtheit überprüfen zu wollen. Gerade wenn Straftaten nur deswegen zum Nachteil von Senioren verübt werden, weil die Täter sie für vermeintlich schwach, gebrechlich oder senil halten, ist dies besonders verwerflich.

Deshalb soll ein ressortübergreifendes Handlungskonzept „Stopp der Straftaten gegen ältere Menschen“ entwickelt werden. Es sind neue präventive Ansätze erforderlich, damit Senioren Gefahren besser erkennen und einschätzen können. Senioren sollen einen zuverlässigen Ansprechpartner haben, der für sie stets erreichbar ist, um ihnen bei Fragen zu helfen. Die Bevölkerung muss über neue Methoden der Straftäter regelmäßig informiert werden. Das Handlungskonzept soll ressortübergreifend sein, um ein besseres Ineinandergreifen der einzelnen Maßnahmen zu koordinieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen: Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. innerhalb von sechs Monaten ein ressortübergreifendes Handlungskonzept „Stopp der Straftaten gegen ältere Menschen“ zu entwickeln, das sich mit präventiven Ansätzen zur Verringerung der Straftaten, einer täterorientierten Strafverfolgung und besserer Hilfe für Senioren befasst;
2. im Rahmen der Umsetzung dieses Handlungskonzeptes durch pensionierte Polizeibeamte an Orten, an denen Senioren häufig zusammenkommen, die Senioren durch wiederholte Veranstaltungen auf die Gefahren aktueller Kriminalitätsformen hinzuweisen und
3. der Bürgerschaft (Landtag) nach sechs Monaten über das Handlungskonzept und deren wesentliche Merkmale zu berichten.

II. Debatte über Senioren als Opfer.

Forderung nach Konzept abgelehnt. WK/BN. 15.11.2013

VON MATTHIAS LÜDECKE

Bremen. „Senioren wirksamer vor Alltagskriminalität“ schützen –so heißt ein Antrag der CDU-Fraktion, den die Bürgerschaft gestern abgelehnt hat. Die Union fordert darin ein ressortübergreifendes Konzept zur Eindämmung der Kriminalität, die auf ältere Menschen als Opfer zielt. Die Zahl dieser Taten sei in den vergangenen fünf

Jahren von 300 auf 600 Fälle gestiegen, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU, Wilhelm Hinners. Für die CDU sei diese Entwicklung nicht hinzunehmen. Deswegen fordere sie das Konzept, das unter anderem auf Prävention und Opferschutz setze.

Die anderen Fraktionen lehnten den Antrag jedoch ab –allerdings nicht, weil sie das Problem mit dieser Form der Kriminalität nicht als dringlich ansähen. Einig war man sich darin, dass das Thema an Bedeutung gewinnen wird, weil es immer mehr ältere Menschen gibt. Allerdings verwiesen die Vertreter der rot-grünen Koalition und der Linken darauf, dass Bremen schon viel getan habe. Margitta Schmidtke (SPD) verwies etwa auf ein bereits 2008 eingerichtetes, spezielles Polizeikommissariat und darauf, dass es ressortübergreifende Projekte bereits gebe. Björn Fecker (Grüne), sagte, Bremen sei gut aufgestellt, verbesserungswürdig sei aber die Zusammenarbeit der Bundesländer. Auch Kristina Vogt (Linke) erklärte, vieles, was die CDU fordere, werde schon umgesetzt – und war sich darin sogar einig mit Innenstaatsrat Holger Münch. Er sagte: „Ich sehe keine Lücke, in die wir mit einem ressortübergreifenden Konzept noch stoßen könnten.“

III. Martin Korol: Ursprünglich vorgesehener zweiter Teil, für den Fall, dass BIW eine zweite Redezeit zusteht:

Kriminalpräventive Beratung hilft älteren Menschen, um sich vor **Dieben, Neppern und Bauernfängern** zu schützen. Das ist umso mehr der Fall, je mehr diese Beratung in das Wohnumfeld eingebunden ist.

Ältere Menschen trauen nun einmal grundsätzlich **denjenigen Menschen** am meisten, die sie kennen.

Hier ist die Zusammenarbeit der Polizei mit den **Wohnungsverwaltungsgesellschaften** angezeigt, eine bisher recht wenig beachtete Möglichkeit.

Entscheidend kann aus unserer Sicht die Alltagskriminalität dadurch am besten angegangen werden, dass in den einzelnen Quartieren möglichst Personen arbeiten, die einen **Bezug** zum Quartier haben: Ehrenamtliche und die Profis der Sozialdienste, Altenpflegedienste, kirchlichen Dienste und eben auch die sog. Kops der Polizei.

Die Kops sind in der Wache ansprechbar und im Stadtteil unterwegs. Wie die Sozialarbeiter in der Schule: gehen auch sie auf die Menschen zu. Sie stehen bei kleinen wie großen Vorkommnissen mit Rat und Tat auch älteren Menschen zur Seite. Von diesem Typ Polizisten brauchen wir mehr. Sie **kennen die Verhältnisse vor Ort, zu ihnen haben die Menschen Vertrauen, ihren Ratschlägen folgen sie.**

Um realistische Konzepte zu entwickeln raten wir dringend dazu, die **Seniorenvertretung Bremen** weiterhin in die Überlegungen einzubeziehen.

Es soll ja nicht wieder erst einmal Unsinniges zustande kommen, das dann später wieder abgeändert werden muss.